

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Abrechtshain, Amelshain, Betsch, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und KleinReinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standtitz, Throna u.s.m.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Wochenl. M. 3,00 000 000.— oder Austr., Post einl. der Postgeb. monatlich nach Schlußjahr. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Zeile 80 M., amtl. 100 M., Reklamelle (3sp.) 150 M., kleine und Familienanzeigen 50 M. mal Schlußjahr 600 000. Tabell. 50%, Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher angegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertraut: Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Sule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 125

Sonntag, den 21. Oktober 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Notgeld.

Mit Genehmigung des Reichsfinanzministeriums gibt der Bezirksverband Notgeld aus und zwar zunächst in Scheinen über 50, 100 und 500 Millionen Mark Nennwert. Die 115 cm langen und 7,5 cm hohen Scheine sind aus Papier hergestellt, das ein geschlitztes Wasserzeichen enthält. Sie sind fortlaufend benummert und werden bis einen Monat nach öffentlichem Aufruf von der Bezirkskasse zum Nennwert eingelöst.

Grimma, am 16. Oktober 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Milch- und Butterhöchpreise.

Das Wirtschaftsministerium hat li. Verordnung vom 15. Oktober 1923 (Schl. Staatszeitung vom 16. Oktober 1923 — Nr. 242 —) mit Wirkung vom 18. Oktober 1923 ab folgende Preise festgelegt: Erzeuger an Milchproduzenten: Vollmilch für das Liter 1 000 000 000 M., Magermilch 75 000 000 M., Butter für das Pfund 1 000 000 000 M., Quark 150 000 000 M., Erzeuger ab Gehöft an Verbraucher: Vollmilch 1 150 000 000 M., Magermilch 47 000 000 M., Quark 118 000 000 M., Butter 1 200 000 000 M., Quark 118 000 000 M.

Für den Kleinverkauf von Butter und Quark ab Gehöft oder Molkerei unmittelbar an die Verbraucher ist den Abkäufern zu den vorstehenden Preisen 5% den gemeindlichen Molkereien 10% Zuschlag zu zahlen. Diese Kleinverkaufspreise sind auf volle 500 000 Mark nach oben abzurunden.

Grimma, 17. Oktober 1923.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Der französische Ministerpräsident Poincaré lehnte alle durch den deutschen Geschäftsträger übermittelten Verhandlungsvorschläge der Reichsregierung ab.

Post- und Eisenbahnbeamte im Ruhrgebiet haben in größerem Umfang die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streit zwischen Militär- und Zivilgewalt in Sachsen hat sich derzeit zugespitzt, daß sich der Militärbefehlshaber an die Reichsregierung wandte.

Aus dem Militärgefängnis in Recklinghausen wurden Reichsbankdirektor Jahn und zwei Reichsbankkassierer entlassen, die seit dem 4. August in Haft waren.

Wie es heißt, ist die Entsendung von Reichswehrbatalionen nach Sachsen zur Verhütung der Bevölkerung geplant.

In Berlin ist der Preis eines Brotes auf eine Milliarde festgelegt worden.

Das bayerische Generallandratsamt ließ eine Anzahl unerwünschter Ausländer, besonders Russen, ausweisen.

Wegen der Unruhen der letzten Tage hat der bayerische Innenminister über Mannheim den Ausnahmestatus verhängt.

Ein englisches Bankensortiment will Deutschland einen größeren Kredit gewähren.

Im Kreis der Vernichtung.

Der Index ist eine grausame Zahl. Wenn man sich auch darüber klar sein muß, daß die Statistik, die alle die verschiedenen Indizes bearbeitet, nur ein zusammenfassendes, ein Durchschnittsbild geben kann, daß häufig genug von der Wirklichkeit schon überholt ist, so sind doch schon die Zahlen, die er zeigt, tragische Zeugnisse, die ein unfasses Unerträgliches zeigen. Volkswirtschaftlich verhängnisvoll ist aber, daß wie der neue Grobhandelsindex zeigt, die Grobhandelspreise schneller steigen als der Dollar. Vergleicht man den Goldstand der Grobhandelsindexziffer von 1913 mit den vorletzten Grobhandelsindexziffer, so betrug diese, wenn man die von 1913 mit 100 ansetzt, schon 107% und die letzte gar 112%. Das ist das 109-fachste Ansteigen des Friedensstandes. Ebenso ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, also für Ernährung, Wohnung, Heizung, Bekleidung und Bekleidung gegenüber der Vorwoche auf das 692-malige Ansteigen der Vorwoche gestiegen, und zwar — das ist das Niederstwertende — um 534% gegenüber der Vorwoche, während der Dollar in dieser Zeit sich nicht auf die fünffache Höhe erhob.

So erklären sich die Anzeichen der Verzweiflung, die Veränderungen der hungernden Massen, deren Einkommen in keiner Weise dieser furchtbaren Steigerung folgen, einer Steigerung, deren Schnelligkeit und deren Ende in keiner Weise abzulesen sind. Wenn das Reich in diesem Augenblick auf die Kohlensteuer verzichtet, so ist die dadurch erfolgte Preisermäßigung durch die Steigerung der Fracht ebenso wie durch die Steigerung der Lebensmittelpreise, namentlich des Brotes, mehr wie wettgemacht. Damit werden selbstverständlich auch neue Lohnforderungen mehr wie begründet erscheinen, die sich wieder als Steigerung der Produktionskosten äußern. Wir bewegen uns in einem Kreis, einem furchtbar verhängnisvollen Kreis, einem Kreis der Vernichtung, aus dem ein Herausbrechen unmöglich erscheint.

Wie es aber doch möglich sein kann, darauf deutet jenes laß erschütternd klingende, aber doch wahre Wort: „Das deutsche Volk verhungert bei vollen Schächern.“ Mehr noch, daß deutsche Volk kann sich nicht von den reichen Vorräten

Konfliktgefahr in Sachsen.

Offener Bruch zwischen Militär- und Zivilgewalt. Das im sächsischen Landtag verlesene und vom Ministerpräsidenten Dr. Zeigler abgelehnte ultimative Verlangen des Generals Müller, gegen die Redewendungen des kommunistischen Finanzministers Vöttcher war, wie nachträglich bekannt wurde, im Einklang mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister erfolgt. Nach Mitteilung des Reichswehrkommandos hat Ministerpräsident Dr. Zeigler gemäß seiner Anführung im Landtag das Ultimatum Müllers nicht beantwortet. Darauf hat der Militärbefehlshaber an ihn folgendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebnis mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreite. Mit der Verhütung der vorzüglichsten Hochachtung Müller, Generalleutnant.“

Somit wird also die Reichsregierung vor schwere Entscheidungen gestellt, da gleichzeitig von sozialdemokratischer Seite der sächsischen Regierung Unterstützung kommt. Das Zentralorgan, der Vorwärts, wendet sich direkt an die sozialdemokratischen Reichsminister und schreibt u. a., daß Reich habe nichts getan, um die notwendigen Charakter der Vorgänge in Bayern abzuschwächen; dagegen solle jetzt in Sachsen mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die Möglichkeit einer Verständigung sei hier immer noch gegeben. Werde aber in der bisherigen Weise fortgeföhrt, so erreiche man nur, daß sich mit jedem Tage die Zahl der Sozialdemokraten vermehre, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sei. Der Sozialdemokratischen Partei dürfe nicht zugemutet werden, Dinge zu denken, die sie durchaus nicht denken könne. Damit wird also eine erneute Krise in der Reichsregierung deutlich an die Wand gemalt.

Ministeraufzug zur Konferenz.

Die Dresdener Nachrichtenstelle der Staatskanzlei verbreitet einen Aufruf des Arbeitsministers Straupe, des Wirtschaftsministers Becker und des Finanzministers Vöttcher, in dem diese die Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Gewerkschaften, Ortsvereine und Konsumvereine zu fordern, Delegierte zu einer Konferenz in Chemnitz am Sonntag, den 21. Oktober, zu entsenden, um über Mittel und Wege zu beraten, wie die Arbeit und die Ernährung der werktätigen Massen sicherzustellen seien. Finanzminister Vöttcher und Wirtschaftsminister Becker sind zu Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates ernannt worden. Die Ministerialräte Dr. Becker und Schmidt sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil beide dem Ministerpräsidenten erklärt hatten, daß sie bei der politischen Zusammenlegung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erprobliches Weiterarbeiten glauben könnten.

Sachsen und Bayern.

Entsendung von Reichswehr nach Sachsen?

Die Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten im sächsischen Landtag über die sog. „Schwarze Reichswehr“ haben die Situation noch verschärft. Zeigler deutete darauf hin, daß die Franzosen genau über das Verhalten einer illegalen Armee informiert seien. Sie unterhielten genug Spione, die von allem unterrichtet wären. Hunderte und Tausende von Angehörigen dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen in die Reichswehr eingezogen und bewaffnet worden, in Leipzig allein gegen 1500 Mann. Die Entente wolle von diesen Dingen und

werde eine Änderung erzwingen. — Von rechts wurden diese Äußerungen als hochverräterisch erklärt, und die Demokratischen verließen den Saal. Schließlich beschloß die Landtagsmehrheit, die Entsendung des Reichswehrministers Geßler in Berlin zu fordern.

Aber diese Enthüllungen, die Ministerpräsident Dr. Zeigler im sächsischen Landtag gemacht hat, äußert man an Regierungskreise schwere Bedenken. Zeiglers Äußerungen sei nur geeignet, ausländischen Interessen zu dienen, sowie denen der radikalen Linken. Im allgemeinen habe Zeigler sein altes Material benutzt, das durch eine Reihe krasser Entstellungen und Unwahrheiten an Beweiskraft nicht gewonnen habe.

Reichswehr nach Sachsen.

Beim Reichspräsidenten fand eine Besprechung über die sächsische Frage statt, an der der Reichskanzler, der Reichswehrminister Dr. Geßler sowie der Reichsminister des Innern Soltmann teilnahmen.

Wie verlautet, soll beabsichtigt sein, in den nächsten Tagen einige Bataillone nach Westfalen zu versetzen, um den Bevölkerungsteilen, die sich durch die dort vorgekommenen Terrorakte bedroht fühlen, Verhütung zu verschaffen. Reichswehrabteilungen sollen nach Chemnitz und Plauen (Vogtland) kommen.

General v. Müller, dem Militärbefehlshaber, soll von Berlin aus mitgeteilt worden sein, daß er sich an seine bisherigen Instruktionen bis auf weiteres halten soll. Das heißt: Die Auflösung der Hundertschaften soll unbedingt durchgeführt werden. Zunächst soll dieser Auftrag mit Hilfe der Landespolizei in Angriff genommen werden, wenn aber deren Kräfte nicht ausreichen, soll Reichswehr eingesetzt werden. Das Reichswehrkommando 4 erläutert seine Verordnung über das Verbot der Hundertschaften dahin, daß Organisationen, Hunschaften und Sturmtrupps aller politischen Richtungen unter das Verbot fallen.

bleibt General v. Loffow in München?

Einige Zeitungen wußten zu melden, daß der bayerische Militärbefehlshaber v. Loffow abberufen werden soll, weil er das Verbot des „Völkischen Beobachters“ durch die Reichsbehörden gegenüber der gegenständlichen Ansicht der bayerischen Stellen nicht durchgesetzt habe. Amtlich wird aus München dazu mitgeteilt, daß in dieser Sache „irgendwas Neues“ nicht geschehen sei. Auch Loffow selbst wisse angeblich nichts von Schritten der Reichsregierung. Wahr sei nur, daß ihm ein Schreiben zugesandt wurde, das sein Verhalten rügt und aus dem er hätte die Konsequenzen ziehen können.

Die Münchener Zeitung weiß dazu zu berichten, daß der Reichswehrminister die Nachricht von der Abberufung Loffows einem bayerischen General persönlich mitgeteilt habe. An wohlinformierter Stelle wird gesagt, daß die Verhütung Loffows die übelste Wirkung auf die öffentliche Ruhe in Bayern ausüben würde, und daß kein Ereignis seit vielen Jahren eine solche Belastungsprobe des Verhältnisses zwischen Bayern und Reich darstellte hätte. Es würde zu Konflikten kommen. Die bayerische Antwort könne nur die Forderung des Militärs Geßlers sein.

Keine Beziehungen zwischen Sachsen und Bayern.

Die bayerische Regierung hat die Abberufung des bisherigen Vertreters Sachsens in München, v. Palembowski, der seine Abneigung gegen das jetzige sächsische Kabinett bekundet hatte, mit der Mitteilung an den bayerischen Vertreter in Berlin, Dr. v. Freger, beantwortet, sein gleichzeitiges Mandat für Sachsen als aufgehoben zu betrachten. Also ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen in aller Form.

reform nicht einschneidend genug ist, um die Eiterdeule der Papiermark vom Leibe der deutschen Volkswirtschaft zu befreien.

Im Wirtschaftsleben, gleichgültig, ob es die Großen oder die Kleinen betrifft, ist das wichtigste die Gleichsetzung von Leistung und Gegenleistung. Diese selbstverständliche Forderung wird aber nicht erfüllt, wenn der Wert der Gegenleistung unter den Händen schwindet, und zwar unter den Händen der Kleinen. Jeder weiß, welch armes Volk wir geworden sind; aber wenn die sozialen Kämpfe der Gegenwart noch verschärft werden, dadurch, daß den sozial Schwächeren das Wenige, das sie haben, durch die betrügerische Papiermark auch noch genommen wird, während die sozial und wirtschaftlich Stärkeren sich für die Erhaltung der Gegenleistung dieser Papiermark nicht bedünnen, so bedeutet das eine sittliche Gefahr für den Staat selbst. Denn der moderne Staat hat die Pflicht, gerade den sozial-wirtschaftlich Schwächeren nicht vor den Gefahren, vor der Schwere der Gegenwart zu befreien, wohl aber vor den Ungerechtigkeiten. Tut er das nicht, so verliert er das Recht zu seiner Existenz. Darum ist es sittliche Pflicht des Staates, die Ungerechtigkeiten, die sich in der Verteilung der Güter äußern, mit einschneidendsten Maßnahmen zu überwinden, die aufreißenden Ungerechtigkeiten auszugleichen, weil er sich andernfalls sonst das eigene Grab gräbt.

Vorläufig ist mit der Währungsreform nach dieser

...al.
...nen jahrelangen
...mmigut hatte der
...zu führen. Er
...er Volljährigkeit
...milie durch seine
...Infolge dieser
...ajorat zahlreiche
...nast, in Rot ge-
...ame der höheren
...ngung nicht statt-
...m Rechtsbestand,
...des Grafen nie
...hes überschritten
...des Grafen für
...dem habe er sich
...uf einer Domäne
...st verdient. Die
...oben.
...r vorigen Jahres
...Minster i. W. er-
...gte auf die Er-
...bung aus; der
...bedeutend. Die
...zur Verfall-
...or dem Schwur-
...auf 13 Jahre

...ual. Form. 1/11:
...ale in Naunhof —

...unhof
...igung
...ablausschusses.
...glieder-
...ammlung
...Rothensburger“.

...onstr. 38

...e und morgen noch
...edeutet für meine
...Millionen Erspar-
...ndung zurück. —
...an, Gummi-Sohlen,
...n. Damenwäsche,
...Socken, Stern-u.
...für Holz, Kartoffeln,
...i Chaiselongue

...chte Vorteil
...gt in
...nheit, dahim zu
...im Vergleich zu
...Vergleichungen
...kaufe heißt das
...billige Unterbil-
...fertig gebundene
...beizutage aber
...teuer.
...iere deshalb auf
...eifers
...Roman
...ilichen Stoffen z.
...400 000 000 M.
...usträger und in
...stelle des Blattes
...und die Werke
...ellen Autoren
...jedem Roman
...nch ein halbdare
...e geliefert, in
...er die einzelnen
...und gelegentlich
...l. Auf diese
...man ohne merk-
...Geldapler den
...ch zu einer
...herrei von
...rm Wert!

...Aufbewahren!
...erwacht!
...it allen
...elmitteln,
...ist irreföhren durch
...proflische An-
...ke keine unholen,
...elmittel“, sondern
...Beruch mit meinem
...epialmittel.
...m besten bewährt.
...die monatliche
...di aber ganz aus-
...bl, haben Sie Ber-
...schreiben Sie lo-
...Sie schon klosen.
...he Ihre Gesund-
...nen Rettung. Sie
...neuen Lebensmut
...mir ewig dank-
...entl. 2-3 Stunden
...ng. Soll täglich
...eiden ein, auch
...schädlich, wofür
...garantie.
...pr. Nachnahme.
...Hygienia“
...urg 1
...29. 3. 8.